Stadt Mühlheim am Main, Donnerstag, 5. Oktober 2017

Über das Widerspruchsrecht nach § 36 Absatz 2 des Bundesmeldegesetzes gegen die Datenübermittlung an das Bundesamt für Wehrverwaltung im Rahmen der Wehrerfassung

Gemäß § 58c Abs. 1 Satz 1 des Soldatengesetzes übermitteln die Meldebehörden dem Bundesamt für Wehrerfassung zum Zwecke der Übersendung von Informationsmaterial jährlich folgende Daten zu Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im nächsten Jahr volljährig werden:

1. Familienname,
2. Vornamen,
3. gegenwärtige Anschrift.

Die Datenübermittlung unterbleibt, wenn die Betroffenen nach § 36 Abs. 2 des Bundesmeldegesetzes widersprochen haben.

Der Widerspruch ist schriftlich bei dem Zentralen Bürger-Service der Stadt Mühlheim am Main zu erklären.

Die Übermittlung der Daten an das Bundesamt für Wehrverwaltung erfolgt zum 31.03.2018.

Mühlheim am Main, im Oktober 2017

Daniel Tybussek

Bürgermeister